

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Däubler-Gmelin, Bachmaier, Klein (Dieburg), Dr. Pick, Schmidt (München), Schütz, Singer, Stiegler, Wiefelspütz, Dr. de With, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Verbesserung der Voraussetzung für Organverpflanzungen

Im Gegensatz zu den zurückhaltenden Verlautbarungen der Bundesregierung (siehe z. B. Drucksache 11/3993) wird aus der ärztlichen Praxis und von Patienten berichtet, daß trotz einer merklichen Zunahme der Spendebereitschaft in der Bevölkerung viele Patientinnen und Patienten zu lange oder vergeblich auf Spenderorgane warten müssen. Gerade bei Nieren- und Lebertransplantationen sind die Wartezeiten nach wie vor lebensbedrohlich lang; viele Patienten sterben, bevor ein für sie geeignetes Organ zur Verfügung gestellt wird. „Das immer noch bestehende Mißverhältnis zwischen der Zahl der zur Transplantation benötigten und der tatsächlich zur Verfügung stehenden Organe“ hat der 92. Deutsche Ärztetag im Mai 1989 zum Anlaß genommen, „alle Ärzte erneut aufzufordern, sich noch intensiver als bisher mit den Problemen der Organtransplantation zu befassen und alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahl der zur Verfügung stehenden Spenderorgane zu erhöhen“.

Auch die bestehenden rechtlichen Regelungen für Organverpflanzungen reichen nicht aus. Insbesondere fehlen klare gesetzliche Regelungen über die Entnahme von Organen und Gewebeteilen bei lebenden Menschen und bei Toten. Dies hat dazu geführt, daß die bestehende Mangelsituation von Organhändlern im In- und Ausland zu zweifelhaften Geschäften genutzt wird. So wird von Niereneinpflanzungen in indischen Kliniken zum Preis von 30 000 Dollar berichtet sowie von Organmaklern, die „mit fingierten Annoncen in niederländischen Zeitungen nach Lebendspendern“ fahnden lassen (DER SPIEGEL, Nr. 34/1989).

Es ist daher an der Zeit, auch im politischen Bereich über Maßnahmen nachzudenken, mit denen die oft ausweglose Lage auf Organtransplantate angewiesener kranker Menschen verbessert werden kann. In diesem Zusammenhang müßten auch zahlreiche mit der Organverpflanzung verbundene organisatorische Probleme aufgegriffen und geregelt werden. So wird die Zusammenarbeit kleinerer Krankenhäuser mit den Transplantationszentren vielfach als mangelhaft geschildert mit der Folge, daß nur in